

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.70 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostämtern. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüßengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstüßengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pfg. Im Restamt die Zeile 10 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 60 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch den Anzeiger angegebenen Angaben.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannesohn in Eibenstock.

Preis pro Nummer Nr. 110.

Nr. 12.

Donnerstag, den 16. Januar

1919.

Da die gegenwärtige Zeit zur Abhaltung von Masken- und Kostümbällen nicht geeignet erscheint, wird die Veranstaltung derartiger Vergnügungen hiermit für dieses Jahr verboten. Wegen Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nicht nur die Wirte und deren Stellvertreter, sondern auch die Veranstalter, Leiter und Teilnehmer solcher Tanzveranstaltungen mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Das Verbot findet auch auf nichtöffentliche Bälle in Privathäusern Anwendung. Dresden, am 9. Januar 1919.

Ministerium des Innern.

49 II A
409

Petroleumverkauf

von Donnerstag, den 16. d. M., an in den Geschäften von Konsumvereinen I und II, Emil Ederlein, Poststr. 2, C. W. Friedrich, Hauptstr. 8, Hermann Bohmann,

Neumarkt, Emil Schindler, obere Strotenseest., Gustav Emil Tittel, Hauptstr. 2, Hans Grimm, Langestr. 16, Max Holländer, Albertstr. 1, Emil Zeuner, Fockstr. 14, Hermann Böhlend, Bergstr. 5, Max Rober, Muldenhammer Str. 6, Gebr. Selbig, Karlsbader Str. 6. Es wird darauf hingewiesen, daß Petroleum nur auf Abschnitt 4 der Petroleumkarte abgegeben werden darf. Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Holzverkauf

Donnerstag, den 16. d. M., vorm. von 8—11 Uhr und nachm. von 2—5 Uhr im Hofe des vorm. Brandt'schen Hauses, Hauptstraße 4. Der Preis für 1 Raummeter beträgt 22 Mark. Eibenstock, den 15. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Alle Räder stehen still.

Wir entnehmen den „Wirtschaftlichen Tagesberichten“ von Richard Calwer, der der Sozialdemokratie angehört, folgende Ausführungen: Wie oft wurde in sozialdemokratischen Versammlungen den Arbeitern ihre wirtschaftliche Lage mit dem Reime vorgehalten: Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. Heute sind die Arbeiter daran, ihren starken Arm energisch fähig zu lassen, sie sind politisch und wirtschaftlich die Herren der Situation. Psychologisch mag ihr augenblickliches Verhalten berechtigt sein, aber wirtschaftlich betrachtet, bedeutet es nicht nur den Ruin der schon bisher geschwächten gewerblichen Betätigung, sondern die Vernichtung der Voraussetzungen, ohne welche die Arbeiterschaft selbst nicht existenzfähig erhalten werden kann. Gerade weil uns die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterschaft oben an stehen, bedauern wir ihre augenblickliche Handlungsweise. Sie graben sich damit ihr eigenes Grab. Eine Streikbewegung geht durch das ganze Land in einem Moment, wo die wirtschaftliche Betätigung notwendiger ist als je. In den Bezirken des Bergbaues gelingt es nicht, die Förderung in bisherigem Umfange aufrecht zu erhalten, geschweige denn sie zu steigern. Immer wieder kommt es zu Arbeits-einstellungen. Unter den Wirkungen des Förderausfalls muß die Abwicklung des Verkehrs, muß die Belieferung der Städte mit Hausbrand, muß die Lebensmittellieferung vor allem leiden. Aber die Streikbewegung ist nur die Folge der an allen Ecken und Enden einsetzenden Lohnforderungen. Die Arbeitgeber bewilligen nach Möglichkeit die an sie herantretenden Forderungen, obwohl es wirtschaftlich ganz ausgeschlossen ist, daß die gegenwärtige Lohnhöhe und die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten werden können. Schon mit Rücksicht auf die abweichenden Verhältnisse im Auslande ist das unmöglich, aber auch im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens lassen diese machtpolitischen Errungenschaften sich einfach nicht halten. Die Arbeiterschaft selbst wird es sein, die schon in absehbarer Zeit alle diese Erfolge wieder über den Haufen werfen wird. Mit der Demobilisation verschwindet die ausnahmsweise Lage der Arbeiter, die sie während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt innegehabt haben. Für das plötzlich massenhaft ansteigende Angebot auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt fehlt die Arbeitsgelegenheit und fehlt umso mehr, je mehr das Lohnniveau in die Höhe getrieben wird. Schon jetzt sehen wir, wie rasch die Arbeitslosen ziffern von Woche zu Woche ansteigen. Die Folge ist, daß die Arbeiter sich gegenseitig um so heftigere Konkurrenz machen werden, je weniger die Arbeitsgelegenheit, je höher die Zahl der Arbeitsuchenden ist. Dagegen vermögen auch die Organisationen der Arbeiter nur wenig auszurichten, da das Mißverhältnis zwischen Arbeitsgelegenheit und Arbeitsuchenden allzugroß ist. Den Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens kann man nicht ausweichen, so sehr man sich auch gegen sie wehren und sträuben mag. Die Situation wird für die Arbeiterschaft um so verhängnisvoller, je mehr sie jetzt noch den schon arg genug geschwächten Gang der wirtschaftlichen Betätigung stört oder die Voraussetzungen dazu beeinträchtigt. Die Kapitalisten, die jetzt vernichtet oder wirtschaft-

lich unrichtig angewendet werden, die fehlen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, die fehlen für die Beschaffung der Arbeitsgelegenheit, ohne die die Gesamtheit der Arbeiterschaft einfach nicht zu existieren vermag. Aus diesem Grunde wäre es zu wünschen, daß das Fieber, von dem zur Zeit die deutsche Arbeiterschaft geschüttelt wird, möglichst rasch nachlassen und einer nüchternen Ueberlegung im eigenen Interesse Platz machen würde. Aber wir befürchten, daß die Ernüchterung nicht eher eintreten wird, als bis der schärfste Konkurrenzkampf zwischen Arbeitern und Arbeitern die Arbeiterschaft auf ein wirtschaftliches Niveau zurückwerfen wird, wie es in Deutschlands Geschichte noch nie dagewesen ist.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Eine neue Note an die Waffenstillstandskommission. Die deutsche Regierung hat am Dienstag durch die Waffenstillstandskommission in Spaas den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, in welcher es u. a. heißt: Bei den in Paris über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, welche das Höchstmaß dessen vorstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin erstlich in sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, welche in keiner Zusammenhang mehr gebracht werden können zu dem Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages, wonach die Werte, welche den Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollen. Die Forderungen der Entente können lediglich vielmehr dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt; j. B. wird jeder Ausgang fremder Werte ins Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht und der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein, sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Die deutsche Regierung gibt der bestimmtesten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, welchem zu folgen die Würde Deutschlands gestattet. Am Schluß der Note heißt es: Im Vertrauen auf die Rote des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig ausgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die Alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszuögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrückung Deutschlands hinhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deut-

liche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Veröhnung der Völker ersticken müßte, und für das es kein Verzeihen und Vergessen gebe.

Im ganzen Lande soll die Ordnung hergestellt werden! Kriegsminister Reinhardt erklärte einem Vertreter des „Berl. Lokalanzeigers“ über die Lage: Mit der Wiedereroberung der meisten von den Spartakusleuten besetzten Gebäude ist die wesentlichste militärische Aufgabe gelöst. Dabei haben unsere Truppen und Freiwilligen wieder einmal gezeigt, daß sie ohne Hintergedanken als einfache Mannespflicht ansehen, ihr Leben für das Volkswohl einzusetzen. Diese Männer verdienen statt der durchsichtigen Verdächtigung gegenrevolutionärer Winkelszüge zweifellos anderen ehrlichen Dank. Was nun noch zu tun bleibt, sind Ordnungsmassnahmen. Nachdem der Hauptwiderstand gebrochen ist, muß die öffentliche Sicherheit ganz wiederhergestellt werden, damit am nächsten Sonntag die Wahlen zur Nationalversammlung in Ordnung vor sich gehen können. Dazu ist es vor allem notwendig, daß die Waffen abgeliefert werden. Das dürfte wohl nicht ohne militärische Mitwirkung gelingen. Aber die Truppen können sich hoffentlich darauf beschränken, den Maßnahmen den nötigen Rückhalt zu geben. Auf eine Frage nach den Verhältnissen im Reich erwiderte der Kriegsminister, im Innern könnten wohl kleine Gruppen von Spartakusleuten, denen jetzt das Berliner Pflaster zu heiß unter den Füßen wird, Partisanen in anderen Gegenden versuchen. Wir sind jedoch gewillt, fügte Oberst Reinhardt hinzu, die Ordnung, die wir in Berlin jetzt durchführen, im ganzen Lande herzustellen, auch mit Rücksicht auf unser Ansehen im Auslande, besonders, um unsere Kräfte zum Schutze unserer Grenzen und zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes verfügbar zu haben. Nach meiner Auffassung wird uns das auch gelingen.

Der neue Polizeipräsident von Berlin über die Lage. Der neue Berliner Polizeipräsident, Richter, äußerte sich zu einem Vertreter des „Berl. Lokalanzeigers“ über die Lage ungefähr wie folgt: Nachdem es uns gelungen ist, die Spartakusnestler restlos auszunehmen, glaube ich, daß mit dem heutigen Tage Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Groß-Berlin wieder eintreten werden. Jedenfalls haben wir genügend Machtmittel in der Hand, um irgendwelche Partisanen im Reine ersticken zu können, und sind gewillt, diese Macht rücksichtslos zu gebrauchen. Ich habe die Sicherheit sehr fest in der Hand. Die unruhigeren Elemente sind ausgeremert worden. Die Truppe will bemüht sein, ihren guten Ruf wiederherzustellen. Im Interesse der Ordnung und Sicherheit ist es notwendig, daß die entkommenen Führer Eichhorn, Liebknecht usw. in Haft genommen werden, denn sie haben sich sehr gegen die Staatsordnung vergangen. Aber wir haben sie zur Zeit noch nicht. Nur Lebebour, Dr. Meyer und der Sohn Liebknechts sind verhaftet. Vor einigen Minuten habe ich erst eine Anzahl Beamte ausgeschiedt, um in der Wohnung Eichhorns Hausdurchsuchung zu halten. Bei der Beschießung des Polizeipräsidentiums hat auch das Schloß einen Treffer erhalten. Eine 10,5-Zentimeter-Granate, von einem Geschütz in der Kleinen Frankfurter Straße abgefeuert, flog über das Rathaus und schlug in

das Gefirn des Schlosses gegenüber dem Marstall ein. Die Beschädigung ist jedoch unerheblich.

— Ludendorff noch in Schweden. In Schweizer unterrichteten Kreisen wird angezweifelt, daß Ludendorff nach Deutschland zurückgekehrt sei oder die Absicht habe, zurückzukehren. Eine amtliche Stockholmer Meldung besagt, der General halte sich noch in Schweden auf.

— Madensen noch in Ungarn unter französischer Aufsicht. Feldmarschall Madensen ist, wie die französische Waffenstillstandskommission in Spa auf eine deutsche Anfrage mitteilt, nach Schloß Sutra bei Reusz in Ungarn überführt und interniert worden, damit er unter der Aufsicht der Franzosen steht.

— Die Frage der deutschen Kolonien. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkung angenommen haben. Danach ist eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugesichert. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkte, daß Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Ein Frieden, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen.

Oesterreich.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Wie das „Chemn. Tagbl.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Stimmung in Wien immer mehr auf einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland gerichtet. Die Presse beschäftigt sich auch weiterhin mit der Frage, die jetzt der Republik Deutsch-Oesterreich am Herzen liegt. Die einzelnen Blätter weichen indessen in ihren Anschauungen bedeutend von einander ab. Eine bemerkenswerte Stellung nimmt das „Deutsche Volksblatt“ ein. Es wirft der Berliner Regierung vor, allzu zaghaft an die Frage des Anschlusses heranzutreten zu sein. Erst der Gesandte Dr. Hartmann habe die Bedenken des Reichskabinetts einigermaßen zerstreut. Wenn die Entente erklärt, Italien und Tschecho-Slowenien würden durch Abtreten der Südboten und der Südtiroler Deutschen als Gegner des Anschlusses ausscheiden, so müsse gegen diesen Preis für den Anschluß des geschlossenen deutsch-oesterreichischen Siedlungsgebiets an die soziale deutsche Republik nachdrücklich protestiert werden. Die „Reichspost“, die mit ihren Ueberlieferungen fest im oesterreichischen Boden wurzelt, schreibt: Die Erörterungen, ob uns der Anschluß an Deutschland oder eine Donauföderation lieber ist, ist jetzt müßig, weil die brennendste Frage sich damit zu beschäftigen hat, was den Ententemächten mehr zusagt. Vom französischen Gesichtspunkte könnte der Anschluß Deutsch-Oesterreichs nur ein Gefühl der Erleichterung bringen, da er die Verschiebung deutscher Interessen vom Westen nach dem Osten brächte, und Oesterreich für den Revanchegedanken an Frankreich kein Bedürfnis habe. Frankreichs Leidenschaft, mit dem es den Anschluß bekämpft, ist also nicht klar. Das „Wiener Tagblatt“ und die Kreise um den bekannten Parlamentarier Prof. Friedjung treten ebenfalls für den Anschluß ein. Friedjung ist der Meinung, daß zwischen Deutschland und Rußland bisher lediglich die habsburgische Monarchie trennend gestanden habe. Jetzt seien keine Reibungsflächen mehr vorhanden.

— Wiens Versorgung mit Lebensmitteln. Das „Freundenblatt“ erfährt als Resultat der Konferenz mit der alliierten Wirtschaftskommission, daß die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln bis zur neuen Ernte unter der Voraussetzung gesichert ist, daß sich in Wien keinerlei bolschewistische Unruhen nach Berliner Muster ereignen.

Tirol.

Freistaat Tirol. Der am Montag auf Veranlassung der Tiroler Volkspartei in Innsbruck abgehaltene Bauerntag nahm eine Entschiedenheit an, welche besagt, daß mit Wegfall der Dynastie alle rechtlichen Bande, welche Tirol mit den übrigen Ländern Oesterreichs verbanden, endgültig gelöst sind, und mithin Tirol ein völlig selbständiger Freistaat geworden ist. Das Land besteht daher auf dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht.

Holland.

Graf Bentinck über Kaiser Wilhelm. Den „Baseler Nachrichten“ zufolge melden die „Times“ aus dem Haag: Graf Bentinck sei von dem Aufenthalt des Kaisers in Holland unbefriedigt. Er erklärte, daß es ein großer Irrtum sei, zu glauben, er habe den Kaiser gebeten, in seinem Schloß Wohnung zu nehmen. Dies sei auf ausdrücklichen Wunsch der holländischen Regierung erfolgt. Graf Bentinck beklagt sich über die Unannehmlichkeiten, welche die Anwesenheit des Kaisers verursacht. Er betonte, Wilhelm II. sei außerordentlich aufgeregt u. unentschlossen. Nur sein tiefes religiöses Gefühl habe ihn vor einem Selbstmord bewahrt.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 15. Jan. Die Verurteilung Nr. 573 der Schöf. Kammer enthält aus unserem Amtsgerichtsbezirk folgende Namen: aus Schönheide: Paul Wachs muth, Unteroffizier, vermisst; aus Stahnengrün: Paul Kolbig, verwundet, Karl Bräuner, schwer verwundet.

— Eibenstock, 15. Januar. In der für gestern abend nach dem „Deutschen Hause“ einberufenen Volksversammlung referierte der Redner der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Eugen Steinert aus Chemnitz vor überfülltem Saale über die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen. Wesentlich Neues wußte auch dieser Herr über das Thema nicht zu berichten. Seine Hauptaufgabe suchte er in scharfen Angriffen auf die bürgerlichen Parteien sowie die Mehrheitssozialisten, weil sie sich dem bolschewistischen Treiben entgegenstellten. Der Redner verstieg sich, was nicht unerwähnt sein soll, im Verlaufe seines Vortrages zu der Behauptung, daß Karl Liebknecht der größte Deutsche der Gegenwart sei, gleich hoch stehe die „Goldengelalt“ der Rosa Luxemburg. Auch der verächtliche Russe Kadel wurde als Freund des deutschen Volkes geschildert, wie denn die russischen Bolschewisten überhaupt nur aus ideal gesinnten Menschen bestünden. Noch nie habe Rußland so mächtig dagestanden, als unter ihrer Herrschaft usw. Der im Verhältnis zur Fülle des Saales dem Redner zuteil gewordene mäßige Beifall dürfte ihm wohl ein geringer Bruchteil der Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden war. Von dem geäußerten Sinn unserer Bevölkerung darf wohl erwartet werden, daß sich zur angeklüglichten Gründung einer hiesigen Ortsgruppe nur wenige Mitglieder finden werden.

— Dresden, 13. Januar. Folgender Aufruf des Gesamtministeriums wird in ganz Sachsen öffentlich angeschlagen: An Sachsens Volk! Alle großen Parteien unseres Landes sind sich einig, daß die vom deutschen Rätekongreß beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen sind. Demgemäß ist es Aufgabe aller Behörden, die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zu treffen und vorzusehen, daß jede gewaltsame Behinderung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen geben Gewähr, daß Personen, welche die Wahl behindern würden, sich strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahl einzusetzen.

Das Gesamtministerium.

Bud., Fleißner, Geyer, Gradnauer, Lipski, Schwarz.

— Dresden, 13. Januar. Die Opfer der Rämpfe auf dem Wettinerplatz aus der Sonnabendnacht sind leider größer, als man bisher angenommen. Die bisherige Zahl der Opfer wird mit neun Toten und über sechzig Verwundeten nicht zu niedrig gegriffen sein. Eine große Zahl der amtl. zur Kenntnis gelangten Verletzungen ist sehr schwer, es handelt sich in der Mehrzahl um Brust- und Bauchschüsse.

— Dresden, 13. Januar. Ein Transport sächsischer Truppen ging gestern zum Grenzschutz nach dem Osten ab. Um 3 Uhr sammelten sich die einzelnen Abteilungen, bestehend aus Schützen, Jägern, Infanterie und Matrosen und bewegten sich nach einer Ansprache des kommandierenden höheren Offiziers in Begleitung der Kapellen des Schützenregiments und Infanterieregiments Nr. 177 nach dem Bahnhof Friedrichstadt, wo sie verladen wurden.

— Leipzig, 13. Januar. Seit heute weilt eine englische Offizierskommission in Leipzig, die unter Führung eines Stadtrats und des zweiten Vorsitzenden des Leipziger Bürgerausschusses die Ernährungslage der Stadt Leipzig einer eingehenden Prüfung unterzieht.

— Leipzig, 12. Januar. Zurzeit werden Dinge gestohlen, an die sich früher die waghalsigsten Diebe nicht herantrauten. So sind jetzt hier von mehreren Soldaten eine der hiesigen Trambahnstationen gehörige Halbhaise und ein selbstgekaufter Militärpäckwagen, beide mit je zwei Pferden bespannt, gestohlen worden. Von dem Verbleib fehlt jede Spur.

— Grimmitzschau, 13. Januar. Die „Stadt- und Landzeitung“ meldet: Ein Großfeuer brach heute nachmittag gegen 1/5 Uhr in dem Betriebe der Spinnerei Karl Vöttger in Grimmitzschau-Neukirchen aus. Durch das Hellaufen einer Welle der Transmission im Erdgeschoß des großen vierstöckigen Spinnereigebäudes verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit durch den Transmissionsschacht in allen vier Stockwerken. Ein Teil der im Betriebe beschäftigten Arbeiter konnte nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, sodas bei dem Brande auch einige Menschen, man spricht von 5 bis 10, verbrannt und einige verletzt wurden.

— Plauen, 13. Januar. Die Aushebung einer gefährlichen Diebes- und Hehlerbande ist unserer Kriminalpolizei gelungen. Seit längerer Zeit schon standen die Verhafteten unter dem Verdachte, an den zahlreichen Einbruchsdiebstählen in unserer Stadt beteiligt zu sein. Nachdem nun Beamte der Kriminalpolizei vier Tage und Nächte hindurch auf der Lauer gelegen, gelang es, die Hauptbeteiligten, sechs Männer und zwei Frauen, in ihren Schlafzimmern und Wohnungen auszuheben. Den Verhafteten, zum Teil schwer vorbestraften Menschen, fällt eine ganze Reihe jener Einbrüche und Diebstähle zur Last, die so manche Verbitterung namentlich unter der ärmeren Bevölkerung hervorgerufen haben. Mit dem Diebesgut wurde, soweit bisher festgestellt werden konnte, seitens einer Gastwirtin ein schwunghafter Handel betrieben. Im Lokale der Frau lesen die ganzen Pläben zusammen; die gestohlenen Gegenstände wurden zunächst in Schlafzimmern untergebracht, um, sobald die Luft rein erschien, in das Hehlernest gebracht zu werden.

— Wilsau, 13. Januar. Fabrikbesitzer Guido Dietel hier hat anlässlich seiner Hochzeit 20 000 Mk. zur Verteilung an seine Arbeiter, ferner den Kriegsges-

witwen seines großen Betriebes je 250 Mark und jeder Kriegergewaise 100 Mark gespendet.

— Helmsdorf, 13. Januar. Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der hiesigen Papierfabrik. Der in den 30er Jahren stehende Arbeiter Wiedemann geriet mit dem Kopf in das Walzwerk, so daß ihm der Kopf vollständig zermalmte und der Tod augenblicklich eintrat. Wiedemann war erst vor kurzem aus dem Felde zurückgekehrt und hatte die Arbeit dieser Tage in der Fabrik wieder aufgenommen. Er hinterläßt seine Frau mit sieben unmlndigen Kindern.

— Ueber 2000 sächsische Lehrer im Weltkriege gefallen! Nach der nun abgeschlossenen Liste der für das Vaterland gefallenen sächsischen Volksschullehrer und Seminaristen beträgt deren Gesamtzahl 2011. Nicht eingerechnet sind hierbei die Vermissten, deren Wiederkehr kaum noch zu erhoffen ist, da über ihr Schicksal trotz vielmonatiger und jährelanger Nachforschungen nichts ermittelt werden konnte. Es ist beabsichtigt, eine Ehrentafel für alle, die ihr Leben gelassen haben, herauszugeben. Sie wird bearbeitet vom Lehrer G. Kotz in Chemnitz, Weststraße 47. An diesen sind alle etwaigen Angaben zu richten.

— Verband Sächsischer Industrieller. Am 7. Januar ds. Js. fand auf Anregung des Verbandes Sächsischer Industrieller im Arbeits- und Wirtschaftsministerium eine mehrstündige Beratung statt, an der von Seiten der Regierung der Volksbeauftragte im sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium Herr Schwarz, ferner Herr Geheimrat Dr. Dehne, die Herren Regierungsrat Fröhlich, Geh. Regierungsrat Allen und Gewerbeamt Schellisch, der Volkskommissar Haack, sowie der Leiter des Kohlenausgleichs Dresden, Herr Eisenbahndirektor Krämer, teilnahmen. Als Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller waren anwesend, die Mitglieder des Vorstandes und Vertreter der Geschäftsführung unter Hinzuziehung von einigen weiteren Herren des Gesamtverbandes und des Großen Ausschusses. In der mehrstündigen Besprechung wurden die a. H. schwebenden Fragen eingehend erörtert und von den Vertretern der Industrie auf Grund der von ihnen gesammelten Erfahrungen Aufschlüsse über die gegenwärtige Lage gegeben, die leider sehr ungunstige Ausblicke für die sächsische Industrie und die sächsische Arbeiterschaft bietet. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß es notwendig sei, alle Kräfte anzuspannen, um vor allen Dingen eine baldige Behebung der sächsischen Industrie und eine durch schleunige Herananschaffung von Kohlen und Rohstoffen sowie durch unbedingte Sicherstellung der Ruhe und Ordnung im Innern wenigstens einigermaßen gewährleistete Produktionsmöglichkeit wieder zu erringen. Seitens der Regierung wurde die genaueste Prüfung und Berücksichtigung der von den Vertretern des Verbandes Sächsischer Industrieller gegebenen Anregungen und vorgebrachten Wünsche zugesagt und betont, daß die Regierung Wert darauf lege, auch in Zukunft mit Führern der im Verbands Sächsischer Industrieller organisierten sächsischen Industrie in Verbindung zu bleiben, um über die Wünsche und Beschwerden dieser Kreise durch eingehende Aussprachen dauernd unterrichtet zu sein.

Die Frau zwischen den Parteien.

Dieses Thema behandelte in einer von der Deutschen Demokratischen Partei am 13. Januar abgehaltenen Volksversammlung Frau Clara Erüwell-Annaberg. Es war dies eine der am zahlreichsten besuchten bisherigen politischen Veranstaltungen, die — wie wir schon voraussetzen wollen — einen durchaus ruhigen und nüchternen Verlauf genommen und der Partei sicherlich eine neue Zahl von Anhängern zugeführt hat. Nach kurzen Einleitungsworten des Versammlungsleiters Herrn Schreiber behandelte Frau Erüwell das obengenannte Thema ungefähr in folgender Weise:

Der Anfang des Jahres 1919 zeige ein Bild der Trostlosigkeit und Verwirrenheit Deutschlands wie nie zuvor. Die Revolution habe bis jetzt dem deutschen Volke noch nicht die versprochene Freiheit gebracht, bis jetzt sei noch nichts geschaffen, sondern nur zerstört worden. Den Frauen habe es allerdings das Wahlrecht gebracht. Somit sei das Jahr 1919 in gewissem Sinne das Befreiungsjahr der Frau geworden. Das Wahlrecht der Frau, ausgeübt als eine ernste Pflicht, ausgeübt mit treuem, mütterlichen Herzen, könne ein Mittel werden, das deutsche Volk aus den Tiefen des Elends emporzarbeiten, es läme nur darauf an, wie das Wahlrecht ausgeübt werde. Die Hauptfrage sei, daß man alleseitig der Wahlpflicht genüge. Die Rednerin gibt dann einen Ueberblick über den Zusammenbruch des Reiches, an dem alle Parteien die Schuld trügen, vor allem habe es an einer geschickten politischen Führung gefehlt. Die Frauen seien schuldlos an dem Brüche und an dem Zusammenbruche des Reiches gewesen. Das Wahlrecht müsse von der Frau ausgeübt werden nicht im Geiste des Klassenhasses, sondern im Geiste der Liebe und des Verstandes.

Wesentlich sei es, für welche Partei sich die Frau zu entscheiden habe. Die Rednerin streifte nun das Wesen der einzelnen politischen Parteien. Die sozialdemokratische Partei, die die Regierung jetzt an sich gerissen habe, sei nicht imstande, dem zerrütteten deutschen Volke den Frieden zu bringen. Der Feind wolle nur mit einer demokratischen Regierung Frieden schließen. Wenn wenigstens die Sozialdemokratie den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Vaterlandes aufhalten durch die verhehnten Maßnahmen des 8-Stundenarbeitstages und die drohende Sozialisierung der Betriebe. Deutschland fehlt es an Rohstoffen. Das deutsche Volk

und jeder
w er er
nete sich
er Jahren
dem Kopf
ndig gerat.
Wie
zurückge-
drell wie
mit sieben
er im
in abge-
fallenen
beträgt
nd hier-
noch zu
monats
teilt wer-
für alle,
en. Sie
hemmt,
Anger-
ieller.
erbandes
stimmind-
der von
schlichen
z, ferner
rungsrat
werberat
eiter des
Kämmer,
cher In-
rstands-
Hingun-
amtoer
mehr-
ebenden
tern der
Erge-
geben,
che In-
herrschaft
l, alle
gen eine
ne durch
offen so-
nd Oed-
reifeste
ens der
rücklich-
schlicher
brachten
ng Wert
in Ver-
den In-
Wünsche
e Aus-
Deut-
abge-
weil-
ichsten
en, die
einen
genom-
von
Einlei-
Schrei-
nannte

müsse aber arbeiten mehr als zuvor, wenn es die grausamen Waffenstillstandsbedingungen erfüllen u. die bevorstehenden Kriegsschicksalungen aufbringen wolle. Was die sozialistische Regierung bis jetzt geleistet habe, komme nur ihrer eigenen Klasse zu gute. Sie Sorge nicht für die Wohlfahrt des gesamten Volkes, sie besitze nicht den Nationalstolz der Arbeiter unserer Feinde. Aus diesen Gründen warne die Rednerin die Frauen vor der Sozialdemokratie. Werte zu schaffen und zu schützen, sei nur den bürgerlichen Parteien möglich.

Die Vorsitzende beleuchtete nun das Wesen der Deutschen nationalen Volkspartei, die sich zusammenfassen aus den früheren Konservativen, Antisemiten und Rechtsnationalen. In vielen Punkten stehe diese Partei mit der Deutschen Demokratischen Partei auf gleichem Boden, aber sie könne sich nicht von den bisherigen Idealen trennen und verfechte noch die monarchische Idee. Die Formen müßten sich aber, da sie politisch noch unbelastet seien, auf Neuланд stellen. Die Partei der Frau sei die Deutsche Demokratische Partei, in der Männer der Wissenschaft, des Mittelstandes, der einfachen Büroer, der Handwerker, des bäuerlichen Strandes sich als lebendigste Kraft des deutschen Volkes zusammenfänden.

Nachdem die Rednerin das Programm der Deutschen Demokratischen Partei eingehend erläutert und sich noch näher über die Kirchen- und Religionsfrage ausgesprochen hatte, schloß sie ihre Darbietungen mit einem warmen Appell an die Frauen, bei den bevorstehenden Wahlen unter allen Umständen der Wahlkraft zu genügen.

Lofender Beifall lohnte die Klaren und überzeugenden Ausführungen der Frau Gröwel. Zu einer Aussprache meldete sich niemand.

Der neue Wahlmodus.

Alle die bevorstehenden bedeutungsvollen Wahlen vollziehen sich nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Unter Verhältniswahl versteht man ein Wahlsystem, das die Mandate nicht nach der absoluten Majorität, sondern nach dem Verhältnis der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmzahl zum Gesamtstimmenergebnis austeilt.

Das ist eine ungewohnte Art zu wählen. Die Wähler müssen sich klar darüber sein, daß sie nicht wie früher einer bestimmten Einzelperson, sondern den Vertrauensmännern einer Partei ihre Stimme geben.

Der Wähler hat sich für eine Partei zu entscheiden. Dieser Partei gibt er die Stimme und bezweckt damit, daß die von dieser Partei aufgestellten Kandidaten das Amt erlangen.

Die Zahl der für die Partei durch die Abgabe der Parteikandidatenliste abgegebenen Stimmen bestimmt den Erfolg, weil nur auf diesem Wege die Feststellung der verhältnismäßigen Beteiligung der konkurrierenden Parteien festgestellt werden kann.

Das gibt der Wahl einen unpersönlichen Charakter. Der Wähler gibt mit dem Stimmzettel eigentlich nur die Erklärung ab:

ich wähle bürgerlich,
oder ich wähle sozialdemokratisch,
oder ich wähle wie ein Festbesoldeter.

Er bescheidet sich zugleich bei dem Beschluß seiner Partei, der die Personen bezeichnet, die künftig für die Partei Träger des Abgeordnetenamtes sein sollen.

In diesen Gedankengang des Gesetzgebers — so fremd er auch anmutet — muß sich der Wähler hinein-schicken.

Er muß Parteidisziplin im Leibe haben und sich fügen, auch wenn ihm die Nase des einen oder

anderen der von seiner Partei als Kandidaten in Aussicht genommenen Leute nicht gefällt, oder wenn er glaubt, der eine Kandidat neige bisweilen zum Schwänzen oder der andere sei nicht redegewandt genug, oder wenn er nach seinem Dafürhalten die Reihenfolge der von der Partei aufgestellten Kandidaten nicht für besonders glücklich hält.

Der Wähler muß bedenken, daß die Liste das Ergebnis einer auf breiter Basis vorgenommenen Abstimmung ist, diesem Beschlusse muß er sich fügen.

Dieser Mangel an persönlicher Beziehung zu den Kandidaten, dieser Parteicharakter des Wahlzettels findet seinen Ausdruck darin, daß der abzugebende Wahlzettel durchaus nicht die Namen aller von der betreffenden Partei benannten Kandidaten zu enthalten braucht. Es genügt vollständig, wenn der Wahlzettel den ersten, oder den ersten und zweiten Namen des in Frage kommenden Wahlvorschlages enthält.

Der Wähler hüte sich an dem Wahlzettel, den seine Partei ihm zur Verfügung stellt, Änderungen, Streichungen oder Zusätze vorzunehmen, er riskiert damit nur, einen ungültigen Stimmzettel abzugeben.

Tarum sage sich jeder in die neue Ordnung. Durch Änderungen macht er seine wertvolle Stimme wertlos, außerdem bereitet er den Wahlbehörden große Arbeit und verursacht eine Verzögerung der Feststellung des Wahlergebnisses.

Die Wahl ist eine ernste Sache, behandle sie ein Jeder als solche!

Landwirtschaftliches.

— Bedarfes zur Erzielung reicher Ernten neben der Anwendung des Stallmistes noch der Zufuhr anderen Düngers? Obgleich der Stallmist in der Garten- wie in der Feldwirtschaft der erste und der wichtigste Dünger ist und bleibt, liegt doch die Frage sehr nahe, ob er auch alle die Nährstoffe in ausreichender Menge enthält, welche zur vollen Pflanzenentwicklung, also zur Erzielung reicher Ernten unbedingt erforderlich sind. Schon der Umstand, daß heute in den Kellern der Gärtner und Gemüsehauer künstlicher Dünger neben der Stallmistdüngung immer häufiger mitbenutzt wird, dürfte die beste Antwort auf obige Frage geben. Selbst dem guten Stallmist fehlt ein großer Teil der Bestandteile, welche in den zu seiner Herstellung benutzten Pflanzen enthalten waren, diese sind von den Tieren zum Aufbau ihres Körpers entzogen worden. Hierzu kommt noch der leider oft sehr große Mangel der wertvollen Bestandteile, die infolge unrichtiger Behandlung des Düngers verloren gegangen sind. Es kann also die alleinige Anwendung von Stallmist, selbst in reichsten Mengen, nicht genügen, um die Ertragsfähigkeit des Bodens im nötigen Umfang zu erhöhen. Wo bis jetzt mit Stallmist gedüngt wurde, düngt man noch mit Phosphorsäure, als dem Nährstoff, welcher sich im Stallmist in geringster Menge findet, hauptsächlich deshalb, weil die Pflanzen in ihrer ersten Entwicklung eine große Menge leicht aufnehmbaren Nährstoffe verlangen. Für den Kleingärtner ergibt sich daraus die Notwendigkeit, durch Mitbenutzung geeigneter künstlicher Düngers für einen entsprechenden Vorrat an leicht aufnehmbaren Nährstoffen für die Pflanzen zu sorgen. Dadurch wird ihre rasche und volle Entwicklung gefördert.

Bermischte Nachrichten.

— Große Kälte in Amerika. Die „Bayerischen Nachrichten“ melden aus Newyork: In den Vereinigten Staaten herrscht seit 48 Stunden eine ungeheure Kälte. Die Kältewelle hat mit Ausnahme der Ostküste das ganze Land erreicht. Die Temperatur schwankt bis 30 Grad unter Null. Große Schneefürne sind in verschiedenen Landesteilen erfolgt.

— Eine elektrische Riesenlokomotive. Auf der Strecke Königszell—Jellhammer (Schlesien) wurde eine elektrische Riesenlokomotive ausprobiert. Diese Strecke, die zahlreiche Steigungen und Krümmungen enthält, stellt an die Leistungsfähigkeit der Lokomotiven die größten Anforderungen. Die bisherigen Ergebnisse mit der neuen elektrischen Lokomotive, die von den Bergmann-Elektrizitätswerken hergestellt wurde und die größte jemals gebaute ist, haben wiederholt die im Vertrag festgelegten Leistungen übertroffen. Der Motor der Lokomotive ist bei einem Gewicht von 22 Tonnen und einer Leistung von 3000 Pferdekraften der weitaus stärkste bisher gebaute Bahnmotor.

— Fernflug über 5200 Kilometer. Dem französischen Generalmajor Salmond ist es gelungen, in 47 Stunden 21 Minuten im Flugzeug die 5200 Kilometer oder 3233 Meilen lange Strecke zwischen Kairo und Delhi zurückzulegen. Die beiden längsten, bisher in einem Zuge zurückgelegten Flüge waren jene von Damaskus nach Bagdad (495 Meilen in 6 Stunden 43 Minuten) und von Karachi nach Kasirbad (435 Meilen in 6 Stunden 35 Minuten). Ursprünglich war nur ein Erkundungsflug durch Mesopotamien beabsichtigt; doch der englische Minister für Flugwesen veranlaßte Salmond dann, den Flug bis nach Indien auszudehnen, um die günstigen atmosphärischen Verhältnisse auszunutzen. Der hierzu benutzte Apparat, ein gewöhnliches Flugzeug, das an den militärischen Operationen in Palästina teilgenommen hatte, bewegte sich meist in einer Höhe von 7000 Fuß. In Damaskus war er mit Wasser und Lebensmitteln für eine Woche versehen worden, und der General führte einen Brief des Scherif Takful, des Sohnes des Sultans von Gedhas, mit sich, der die Araber aufforderte, ihm Hilfe zu leisten, falls er zu plötzlicher Landung gezwungen würde.

Mitteilungen des Landesamtes zu Eisenhof

auf die Zeit vom 7. bis mit 14. Januar 1919.
Geburten: 3.
Todesfälle: 1 hiesiges.
Umschreibungen: 4.
Sterbefälle: 1) Hilma Verro Widj, Handarbeiterstochter, 6 J. 9 M. 7 T. 2) Ernestine Wilhelmine Weigel geb. Groß, Privatmannsweib, 67 J. 3 M. 4 T. 3) Johanna Martha Unger, Steinbrecherstochter in Wildenthal, 2 M. 11 T.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 15. Januar. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rangau, empfing gestern die Vertreter der Presse und hielt dabei eine Aussprache, in der er für den Völkerverbund und endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt eintrat.

— Berlin, 15. Januar. Die seit langer Zeit als notwendig erkannte Reform des Auswärtigen Dienstes wird jetzt auf Veranlassung des Staatssekretärs Graf Brockdorff-Rangau energisch betrieben, und zwar soll zunächst die bereits seit geraumer Zeit geplante Neugestaltung des wirtschaftlichen Auslandsdienstes als besonders dringend durchgeführt werden. Der bisherige Handelsattaché unserer Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Dr. Helmuth Taapfer, wird hierbei dem Auswärtigen Amt zur Seite stehen. Er wird zum Unterstaatssekretär ernannt werden. Der neue Unterstaatssekretär hat durch seine vierjährige Tätigkeit in Kopenhagen die Erfordernisse des wirtschaftlichen Auslandsdienstes in der Praxis eingehend kennen gelernt. Er ist kein Berufsdiplomate, sondern tritt als chemischer und industrieller Kaufmann unboreingenommen an seine Aufgabe heran.

— Berlin, 15. Januar. Wie die „Berl. R.“ von unterrichteter Seite hören, bestätigt es sich, daß Fürst Lichnowski die deutsche Friedensdelegation führen wird. Außer ihm wer-

Zu Zweien einsam.

Roman von D. Courths-Wahler.

(Nachdruck verboten.)

Kurze Zeit darauf traf man bei Tisch zusammen. Fräulein von Schlegel hatte Wolf in der ihr eigenen, sanften, stillen Weise begrüßt und sorgte nun eifrig, daß er sich von den Speisen zulange. Wolf sah Liselotte gegenüber. Er freute sich darüber, daß die unkeusche, hübsche, schöne Haar der jungen Dame nicht mehr verdeckte. Was war aber auch für eine glänzende Braut aus den wild zerzausten Hängebüscheln geworden. Erst jetzt sah er, wie hübsch Liselotte war. Sie sah in dem knappen, weißen Kleide entschieden damenhafter aus, als in Reithemd und Knabenmütze. Das reiche, mähnbraune Haar umrahmte das reizvolle, ausdrucksfähige Gesicht, aus dem die großen, braunen Augen mit einem Gemisch von warmer Lebensfreude und großer Klugheit herausstrahlten. Das feine Näschen war freilich etwas kurz geraten und nicht gerade von klassischer Form, und der hübsch geschnittene, tiefrote Mund ließ beim Sprechen die gerunden, weißen Zähne sehen. Aber diese Schönheitsfehler nach klassischem Maße gereichten dem lebensprühenden Gesicht eher zum Vorteil. Es bildete ein so reizvolles Ganze, daß Wolf wieder und wieder hinübersah.

Die Unterhaltung war sehr lebhaft. Es gab so viel zu erzählen und zu besprechen. Liselotte lautete mit Wohlgefallen dem männlichen, warmgetönten Organ Wolfs. Er sprach so schlicht und klar, seine Ausdrucksweise war treffend und interessant.

Sie erkappte sich darauf, daß ihr Blick von seinem Lächeln geschnittenen Gesicht gar nicht weichen wollte, und gestand sich, daß Wolf Gernrode bei weitem der hübscheste und interessanteste Mann war, den sie bisher kennengelernt hatte. Außerdem war ihr seine gerade, edeliche Art sehr sympathisch. Ihr schien, als sei es nun noch viel schöner in Schönburg als bisher.

Mit Wolfs Vater stand sie auf einem herglichen Reden. Nur zuweilen klang eine ernste Stimmung

durch, bei Fragen von Wichtigkeit, und da mußte Wolf seinem Vater zustimmen, wenn er behauptete, Liselotte sei ein verständiges junges Weib. Sie fing an, ihn zu interessieren.

Nach Tisch nahm man den Kaffee auf der Terrasse. Liselotte bereitete ihn selbst, füllte die Tassen und reichte ihn herum. Selbst Fräulein von Schlegel mußte sich von ihr bedienen lassen, trotzdem die gute, beschriebene Seele stets von neuem ängstlich dagegen protestierte und sich deshalb von Liselotte oft nedden lassen mußte. Auch heute sprang sie entsetzt von ihrem Stuhl auf, um Liselotte zu helfen.

„Ich werde Sie wirklich noch festbinden müssen, Fräulein Friedchen. Sie sollen doch ruhig sitzen bleiben nach Tisch, es bekommt Ihnen nun einmal nicht, wenn Sie nicht Ruhe halten.“

„Aber ich kann doch nicht immer zusehen, daß Sie mich bedienen.“

„Ja ja — man muß manches im Leben lernen. Diese Weisheit habe ich von Ihnen. Nun bitte, richten Sie sich auch einmal danach“, sagte Liselotte lächelnd.

„Aber Sie verwöhnen mich gar zu sehr, Hebes gnädiges Fräulein.“

„Das ist auch so eine schlechte Angewohnheit von Ihnen, daß Sie mich gnädiges Fräulein titulieren. Was habe ich Ihnen nur getan, früher war ich Ihre Liselotte. Seit ich diesen Winter bei Hofe war, scheine ich in Ungnade gefallen zu sein!“

Fräulein von Schlegel hob ängstlich abwehrend beide Hände.

„Mein Gott, das schick ich doch nicht für mich.“ Liselotte nahm den Kopf der alten Dame in ihre beiden Hände und lächelte sie herzlich an.

„Gleich sagen Sie Liselotte zu mir, friedliches Friedchen, sonst bin ich bitter, bitterböse.“

Die alte Dame sah mit feuchten Augen zu ihr empor. „Liebe, gute Liselotte.“

Die junge Dame nickte befriedigt.

bereits wieder zum „gnädigen Fräulein“ verdonnert bin, aber trotzdem gebe ich den Kampf um mein gutes Recht nicht auf.“

Wolf hatte die kleine Szene aufmerksam beobachtet. Seine Augen ruhten mit warmem Blick auf Liselotte, und als sie diesen Blick auffing, wurde sie verlegen und sah errötend zur Seite.

Fris Gernrode sah still, sein krankes Bein in eine wolkene Decke gehüllt, in der Sonne und sah sinnend von Liselotte auf Wolf. Er dachte an seinen alten Freund Schönburg, der es so gern gesehen hätte, wenn aus Liselotte und Wolf ein Paar geworden wäre. Was würde die Zukunft bringen für diese beiden geliebten Menschen? Wenn sich Schönburgs Wunsch erfüllte — es wäre für beide ein Gemisch im edelsten Sinne. Aber das mußte ohne sein Dazutun kommen, man mußte ruhig abwarten, ob die beiden jungen Leute sich einander zuneigten.

In den nächsten Wochen hatte Wolf alle Hände voll zu tun, um sich mit den neuen Verhältnissen vertraut zu machen. Er war sehr viel unterwegs, und Liselotte begleitete ihn oft auf seinen Ausflügen zu Pferde. Dabei wurden sie schnell miteinander vertraut, und sie verstanden sich ausgezeichnet. Sie besprachen ernsthaft alle wirtschaftlichen Fragen miteinander und tauschten auch sonst ihre Gedanken aus. Liselottes Bestreben war es vor allem, den Leuten, die von ihr abhängig waren, ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Sie kannte alle Familienverhältnisse in Schönburg und Buchenau, half überall, wo es nötig schien und sorgte verständlich, daß jedem sein Recht wurde. Bei ihrer großen Jugend war das sehr anerkanntswert, auch wenn ihr Vater und später ihr Vormund viel dazu beigetragen hatten, in Liselotte den Keim für das Wohlergehen der Untergebenen zu wecken.

(Fortsetzung folgt.)

den in maßgebenden Kreisen noch als Angehörige der Delegation Graf Brodors-Rangau, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen und der sozialistische Theoretiker Kautsky genannt. Ferner dürfte noch die Teilnahme des Grafen Arlo in Frage kommen.

Berlin, 15. Januar. Die Regierung und der Zentralrat erlassen einen Aufruf, in welchem es heißt, daß die Nationalversammlung allein den Frieden bringt, und die Freiheit in ihrer neuen Verfassung verankern kann. Es gelte, den unge störten Verlauf der Wahlen zu sichern. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hierbei zu helfen. Die Wahlfreiheit ist jedem Volksgenossen durch das Gesetz, besonders durch den Paragraphen 107 des Reichsstrafgesetzes verbürgt. Nach dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe bestraft, wer einen Deutschen durch Gewalt oder Zwang zu verhindern sucht an der Ausübung des staatsbürgerlichen Rechtes zu wählen oder zu stimmen. Die Reichsregierung wird jeder Störung der Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Berlin, 15. Januar. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Volksmarine division, in welchen nachgewiesen wurde, daß die Volksmarine division voll und ganz auf Seite der Regierung Ebert-Scheidemann steht, hatten das Ergebnis, daß die Matrosen jetzt sofort ihre Waffen zurückgeben. Um nunmehr auch alles durch üble Elemente in den Weihnachtstagen hervorgerufene Mißtrauen zu beseitigen, werden die Matrosen im Laufe des heutigen Tages den noch immer von ihnen besetzten Kasernen räumen.

Bromberg, 15. Januar. Polnische Legionen, verstärkt durch polnische Banden, sind gestern Bromberg auf 4 km nahegerückt. Sie haben gegen 4 Uhr nachmittags die erste Station hinter Bromberg auf der Strecke Bromberg-Hohensalza-Rohrbruch eingenommen und stehen damit unmittelbar vor Bromberg. Südlich von Rohrbruch stehen deutsche Artillerie und einige Verbände Infanterie. Es besteht die Gefahr, daß der deutsche Heimatgrenzschutz durch die Polen abgeschnitten wird.

München, 14. Januar. Bis mittag 12 Uhr waren folgende vorläufige Ziffern über das Wahlergebnis zusammengestellt: Bayerische Volkspartei 1072011, Sozialdemokraten 919391, deutsche Volkspartei 402910, bayerischer Bauernbund 322022, nationalliberale Partei 110477, unabhängige Sozialdemokraten 75089, Bund der Unteroffiziere 12388, Mittelstandspartei 8235 Stimmen. Es stehen noch aus Stadt Dillingen und 39 Stimmbezirke aus München-Land.

Karlsruhe, 15. Januar. Der Landesversammlung und dem Soldatenrat Badens wurde im Auftrag des Ministers des Innern, Haas, mitgeteilt, daß die Entente bei weiter ruhigen Verhältnissen nicht beabsichtigt, in Baden einzumarschieren, auch wenn dies in Berlin und in den Rheinländern nötig werden sollte.

Amsterdam, 15. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Kriegsrat hat beschlossen, daß Deutschland für die Lebensmittel, welche die Alliierten liefern sollen, alle seine Kreuzfahrtschiffe in deutschen oder neutralen Häfen für den Transport der Lebensmittel hergeben muß, ohne nach der Herkunft der Lebensmittel oder nach dem Bestimmungsort zu fragen. Die Häfen sollen nicht besetzt werden. Die Frage der militärischen Intervention in Polen ist verschoben worden. Marschall Foch hat sich gestern nach Trier begeben, mit der deutschen Abordnung zur Festlegung der Bedingung zur Verlängerung des Waffenstillstandes zusammenzutreten.

Amsterdam, 15. Januar. Wie mitgeteilt wird, sind die Handelsbanken unter keinen Umständen bereit, Deutschland neuen Kredit einzuräumen. Jeder Versuch, Kredit zu erhalten, sei ver-

gebend, da eine Ablehnung sicher ist. Die Schulden Deutschlands in den neutralen Ländern werden auf 6 Milliarden Mark angegeben. Nur eine feste Regierung und das Herausreten eines anderen Gekies könnte die pessimistische Stimmung ändern.

Amsterdam, 15. Januar. Aus Ostende wird gemeldet, daß das ehemalige deutsche Munitionsdepot bei dem Leuchturm in die Luft geflogen ist. 4 Personen wurden getötet, 23 verwundet; 2 werden noch vermisst. Der Materialschaden ist sehr groß.

Stockholm, 15. Januar. Der Versuch des französischen Gesandten in Kopenhagen, die Auszahlung der Bankguthaben an Deutsche und Oesterreicher zu verhindern, erregt hier großes Aufsehen. Ein ähnlicher Schritt ist hier bisher nicht erfolgt und wäre auch aussichtslos, da nur die schwedische Regierung selbst eine solche Beschlagnahme anordnen kann. In der scharfen Dörselblockade wurde für Schweden eine kleine Erleichterung gewährt, die Schiffe der Sver-Reederei wurden von der schwarzen Liste gestrichen; sie können wieder die Kohleneinfuhr nach Deutschland besorgen. Für Deutschland bedeutet diese Erleichterung fast nichts. Hier wächst das Erstaunen über das Schwagen der deutschen Regierung und vor allem des Grafen Brodors-Rangau über das wirtschaftliche Vorgehen der Entente. Die Kopenhagener Regierung reorganisiert das Auswärtige Amt und die diplomatische Vertretung nach der neuen Zeit und den Grundsätzen der Demokratie. Neu eingeführt wurde bei den Gesandtschaften der Posten für einen sozialen Attache. Wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erzählt, soll als solcher demnächst eine bekannte Persönlichkeit nach Berlin geschickt werden.

Demokratie bedeutet, daß der Staat vom ganzen Volke geleitet wird, von Männern und Frauen, von Alten und Jungen.
Demokratie bedeutet, daß alle männlichen und weiblichen Staatsbürger gleiches Recht haben ohne Unterschied der Konfession, des Besitzes, der Bildung und des Berufes.
Demokratie bedeutet, daß alle Gesetze und Verordnungen gegenüber allen Staatsbürgern auf gleiche Weise ausgeführt werden.
Demokratie bedeutet, daß der gemeinsame Nutzen höher stehen muß, als jeder Privatvorteil.

Eine solche Demokratie soll aus der Deutschen Republik gemacht werden. Das ist die Absicht der Deutschen demokratischen Partei.

Auf! Erzgebirgische Männer und Frauen. Schart Euch um das Banner der

Deutschen demokratischen Partei.

Werbt und wirkt für Liste Brodauf!

Landwirte! Wen wählt Ihr?

Ihr seid verärgert über die Zwangswirtschaft, die es mit sich bringt, daß Ihr nicht Herr im eigenen Hause seid.
 Wer hat sie Euch gebracht? Wohl heißt es: Die alte Regierung. Aber sie hat es getan unter dem Druck der Sozialdemokratie, welche die Einführung einer Zwangswirtschaft auf allen Gebieten erstrebte.
 Ihr habt Euch gedregert über die linksliberalen Zeitungen unter der Führung des Berliner Tageblattes, welches die Landwirte verdächtigt und aufs schärfste bekämpft.
 Danach kann für Euch der Entschluß nicht schwer fallen:

Wir treten ein für die Liste der deutsch-nationalen Volkspartei.

Mitbürger! Mitbürgerinnen!

Viele von Euch haben liebe Angehörige und Freunde im feindlichen oder neutralen Auslande! Dort ist jetzt der deutsche Name geschmäht und verachtet. Eure Angehörigen leiden schwer darunter. Wollt Ihr, daß der Deutsche im fremden Lande wieder zu Ehren kommt, daß nationale Würdelosigkeit uns fernernhin erspart bleibt, dann

wählt deutsch-national!

Ihr helft dadurch am besten Euren Brüdern und Schwestern im Auslande.

Hausfrauen von Eibenstock!

Es soll niemand veräumen, seine Löpfe, Schüsseln und Pfannen einzufrieden zu lassen, da dieselben immer teurer werden. Auch zerbrochene von mehreren Stücken werden genau so fest wie neu, sowie Glas und Porzellan wird sauber gekittet.
 Annahme heute Mittwoch bis Freitag.
 Restaurant zur Garküche, Eibenstock.



Die von Herrn. Altentisch bewohnte
Wohnung
 ist vom 1. April ab (auch früher) zu vermieten
 Rolkestr. 2.

Meinel, Rosseschlächterei,
 Steindöbra
 Telefon 204, Amt Klingenthal.

1 eiserner
Regulier-Ofen
 zu verkaufen
 Schulgäßchen Nr. 2.

Einige Wohnungen
 zu vermieten
 Neuf. Auerbacherstr. 26.
 Näheres bei Alban Seidel.

Mitteltgroßer Geldschrank
 zu kaufen gesucht.
 Franz Hermann Seidel,
 Schönheide i. G.
 Telefon 54.

Steuer-Quittungsbücher
 à 15 und 25 Pfg.
 für sämtliche Steuern benutzbar, hält vorrätig
 Emil Hannebohn.

Berlinliste Nr. 573
 der Sächs. Armee
 ist eingegangen und kann in der Geschäftsst. d. Bl. eingesehen werden.

Evangelische Frauen und Mädchen!

Das Vaterland und Eure Kirche ruft Euch!

Die Ausschaltung des Religionsunterrichts aus der Schule bedeutet, daß Hunderttausende deutscher Kinder als Heiden aufwachsen. Die Entscheidung über diese wichtige Frage soll den 10-14-jährigen in die Hand gegeben werden.

Eure Kirche ist in Gefahr, Ihr könnt sie retten!

Eure Stimme kann bei der bevorstehenden Wahl den Ausschlag geben!

Tretet bei der Wahl zur Nationalversammlung ein für die Liste der Deutsch-nationalen Volkspartei!

Sie will:
 ein einiges, starkes Vaterland und ein freies Volk!
 Gottesglaube, Ehe, Familie, deutsches Wesen, deutsche Art sollen erhalten bleiben!
 Das Vaterland ist in Not, nicht nur Eure Stimme, auch Eure Mitarbeit wird gefordert.
Reichsfrauenauschuß der deutsch-nationalen Volkspartei.

Nun hat auch in Leipzig die Deutsche demokratische Partei eine Verbindung der Listen mit den nichtsozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Sie will also offenbar eine Vertretung der gesamten bürgerlichen Interessen gar nicht übernehmen. Darf sie dann haben, daß noch andere Parteien neben ihr aufgetreten sind?
 Folgt nicht einer Partei, die zwar um Eure Stimmen wirbt, für Euch aber nicht eintreten will!

Wählt deshalb deutsch-national!

Ein Nerzmuff (braun) verloren

von Birgergarten bis Beantenhäus. Gegen hohe Belohnung abzugeben
Gaberleithe 2.

Ich bin Abgeber von
Heidekraut,
 vorzügliches Streumittel, nur in Bahnladungen. Allerbilligste Bahnfracht.
Arthur Diekmann,
 Hamburg 39.

Der heutigen Nummer liegt ein Flugblatt der Deutschen demokratischen Partei bei, betitelt: **Wir und die deutsch-nationale Volkspartei,** auf das hiermit aufmerksam gemacht sei.